

Minden, 9. Juni 2015

Presseinformation

Tag der Bundeswehr – wir sagen Nein!

„Sage und schreibe 60 Jahre musste die Bundeswehr auf ihn warten – am 13. Juni ist es endlich so weit. Der Tag der Bundeswehr feiert seine Premiere und das gleich an 15 Standorten bundesweit.“ So heißt es auf der Website der Bundeswehr. Unsere Antwort: Diese Premiere fällt durch – sie hat nicht Beifall, sondern Boykott und lauten Protest verdient.

In Flensburg, Bischofswiesen, Nörvenich, Storkow, Eckernförde, Wilhelmshaven, Rostock, Hannover, Burg, Fritzlar, Leipzig, Koblenz, Laupheim, Manching und Bonn „öffnen an diesem Tag die Standorte ihre Kasernentore und locken Besucher mit einem attraktiven Erlebnisprogramm.“

Die Bundeswehr versteht sich heute als eine „Armee im Einsatz“. Das bedeutet, dass sie an militärischen Auseinandersetzungen beteiligt ist, kämpft und tötet. Das Grundrecht auf Leben, ein universales Menschenrecht, scheint keine Rolle zu spielen, sobald es um Militär und Krieg geht. Töten als Soldat ist legal – aber deshalb noch lange nicht legitim.

Wir fordern,

- dass die Bundesrepublik Deutschland beschließt, endlich abzurüsten anstatt neue Waffen anzuschaffen und zukünftige Kriegseinsätze vorzubereiten. Unser Ziel ist eine waffenlose Gesellschaft, die Konflikte national wie international ausschließlich mit zivilen, gewaltfreien Methoden bearbeitet;
- dass jegliche öffentliche Werbung für die Bundeswehr verboten wird und insbesondere Kinder und Jugendliche nicht mehr Zielgruppe für solche Werbung sind. Waffen und Töten sind nicht „jugendfrei“!
- dass die Städte und Kommunen keine öffentlichen Plätze für die Bundeswehr zur Verfügung stellen;
- dass die Bundesregierung die Forderung der UN-Kinderrechtskonvention endlich umsetzt und das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre (aktuell 17 Jahre) anhebt;
- dass der „Tag der Bundeswehr“ umgehend wieder abgeschafft wird und die „Premiere“ gleichzeitig die Abschiedsvorstellung wird.

Es gibt Alternativen zu militärischen Interventionen und zu militärischer Verteidigung. Der Bund für Soziale Verteidigung trägt die eine Alternative in seinem Namen – die waffenlose Verteidigung gegen einen Angriff von außen. Zu Militärinterventionen in Konflikte anderenorts gibt es vielfältige Alternativen, die in den Begriffen der Zivilen Konfliktbearbeitung gebündelt sind. Wir treten auch für ein weiteres ziviles Instrument ein – das unbewaffnete zivile Peacekeeping. (Im Übrigen eine Aufgabe, an der auch viele ehemaligen SoldatInnen schon mitgewirkt haben.)

Wir unterstützen die gewaltfreien Aktionen, die gegen den Tag der Bundeswehr am Samstag stattfinden werden – in Bonn, Rostock, Hannover, Leipzig, Laupheim bei Ulm, Wilhelmshaven und Manching b. München.

Für den Bund für Soziale Verteidigung

(Christine Schweitzer, Co-Geschäftsführerin)

Nähere Informationen über den Aktivitäten zum Tag der Bundeswehr von Seiten der Friedensbewegung gibt es auf:

<https://www.dfg-vk.de/thematisches/bundeswehr-abschaffen/2015/1008>

(Bitte bei Nachfragen zu den Aktivitäten an die DFG-VK, das Netzwerk Friedenskooperative (0228-692904) oder das Grundrechtekomitee wenden, nicht an uns.)

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) ist ein Fachverband der deutschen Friedensorganisationen und setzt sich für gewaltfreie Alternativen zum Militär ein. Er entwickelt, fördert und verbreitet konstruktive und gewaltfreie Konzepte ziviler Konfliktbearbeitung. Dieses Ziel wird innergesellschaftlich insbesondere durch die Verbreitung konstruktiver Konfliktmanagementansätze in verschiedensten gesellschaftlichen Handlungsfeldern angestrebt.